

„Die europäische Idee braucht neue Leidenschaft“

Interviews mit den europapolitischen Sprechern der Fraktionen

Die Herausforderungen sind vielfältig, die Erwartungen hoch: Anfang des Jahres hat Deutschland für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Der Fortgang des europäischen Integrations- und Verfassungsprozesses sowie die gerade vollzogene EU-Erweiterung liegen dabei im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Darüber hinaus ist die europäische Energie- und Klimaschutzpolitik ins-

Was erwarten Sie von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007?



Ilka von Boeselager (CDU)

Von Boeselager: Aus Sicht der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion muss die deutsche EU-Ratspräsidentschaft Motor für ein handlungsfähiges, bürgernahes und zukunftsfestes Europa sein. Wir erwarten vor allem neue Impulse für die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags. Der Verfassungsvertrag ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer institutionell reformierten und politisch handlungsfähigen EU, für die wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten einer Medaille sind. Wir begrüßen auch das Vorantreiben der Initiativen zur besseren Rechtsetzung, zum Bürokratieabbau und zum „Lissabon-Prozess“. Wichtig ist darüber hinaus eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Jede zukünftige Erweiterung muss die Fähigkeit der EU berücksichtigen, neue Mitglieder zu integrieren. Sollte die Türkei dauerhaft nicht in der Lage sein, ihre mit Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union zu erfüllen, müssen die ergebnisoffenen Beitrittsverhandlungen in vollem Umfang ausgesetzt werden.

Mit welchen Beiträgen kann NRW den erhofften Erfolg unterstützen?



Wolfram Kuschke (SPD)

Von Boeselager: Wir stellen für die aktive nordrhein-westfälische Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Haushalt eigens 170.000 Euro zur Verfügung. NRW begleitet die Ratspräsidentschaft zudem mit einem speziell hierfür eingerichteten Internetauftritt (www.nrw2007.eu) und einer Vielzahl von Veranstaltungen und Aktivitäten. Wir haben uns als CDU-Landtagsfraktion mit einer parlamentarischen Initiative zur Europafähigkeit der Schulen erst jüngst in einem zentralen europäischen Politikfeld positioniert.

Wie wirkt sich die neue gemeinsame Energiepolitik der EU auf unser Bundesland aus?

Von Boeselager: Aus Sicht von NRW als europäischer Energieregion Nr. 1 muss im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft klargemacht werden, dass keine bestehende Möglichkeit für eine sichere, wirtschaftliche, ökologisch vernünftige und ausreichende Energieversorgung vernachlässigt werden sollte. In der Europäischen Union sind eine stärkere Vernetzung von nationaler und europäischer Energiepolitik und die Harmonisierung der Rahmenbedingungen und Standards notwendig. Hierbei muss NRW seine Interessen als Energiestandort einbringen und vor allem im Bereich der Energieforschung Impulse zu einer stärkeren Zusammenarbeit geben.

Kuschke: Die Erwartungen an eine halbjährige Präsidentschaft dürfen nicht zu hoch angesetzt werden. Daher ist es gut und realistisch, dass die Grundlage des Programms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein Achtzehnmonatsprogramm der drei Präsidentschaften Deutschland, Portugal und Slowenien ist. Gleichwohl: in zwei Bereichen habe ich wie viele Bürgerinnen und Bürger hohe Erwartungen: Da ist zum einen die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft, die ganz wesentlich vom Fortgang des europäischen Verfassungsprozesses abhängt. Wie jeder Nationalstaat braucht gerade auch Europa eine Verfassung, die Rechte, Kompetenzen und Werte benennt. Zum anderen benötigen wir nach dem erfolgreichen Friedensprozess in Europa als Ergänzung und Weiterentwicklung klarere Vorstellungen von einem europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodell. Es ist gut, dass eine Ministerkonferenz sich daher mit der Wechselwirkung der drei Politikbereiche Wirtschaft, Beschäftigung und Soziales beschäftigen wird.

Kuschke: Ich rate hier zu einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten eines Bundeslandes. Wir sollten einige Themen des Präsidentschaftsprogramms wie bessere Rechtsetzung, demographischer Wandel, Stärkung der Städte und Regionen sowie des ländlichen Raums und Teilhabe am Arbeitsmarkt im Rahmen der Möglichkeiten von Landespolitik aufgreifen. Dies wäre eine sinnvolle Ergänzung nationaler und europäischer Bemühungen und würde vor allem eins verdeutlichen: ein föderales System wie die Bundesrepublik Deutschland mit Regionen mit Gesetzgebungskompetenz (Bundesländern) fördert starke Regionen in einem handlungsfähigen Europa.

Kuschke: Der Maßnahmenplan der Europäischen Kommission bietet die Chance zur strategischen Überprüfung der Energiepolitik, wir sollten uns daher nicht voreilig in kleinteiligen Diskussionen verlieren. Dabei begrüßen wir den Ansatz der Kommission, Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit der Energieversorgung und die Bewältigung des Klimawandels gemeinsam zu denken. Aber auch zukünftig wird es im Rahmen einer europäischen Energiepolitik differenzierte nationale Wege geben. Für uns gehört dazu auch – wie zunehmend in anderen europäischen Ländern – ein Sockelbergbau im Bereich der Steinkohle.

besondere für den Wirtschaftsstandort NRW von großer Bedeutung. Welche Möglichkeiten und Chancen sich aus der EU-Ratspräsidentschaft für Deutschland und NRW ergeben könnten, dazu befragte „Landtag intern“ Ilka von Boeselager (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Dietmar Brockes (FDP).

Löhrmann: Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft steht vor großen Herausforderungen und gleichzeitig in einer besonderen Verantwortung: Die EU muss fit gemacht werden für die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts. Aus Sicht der Grünen beinhaltet dies insbesondere die Schaffung und Weiterentwicklung eines sozialen und ökologischen Gesellschaftsmodells, die gerechte Gestaltung der Globalisierung, den Schutz unseres bürgerrechtlichen Fundaments und die Herausbildung einer europäischen Demokratie. Konkret bedeutet dies neben den Schwerpunkt-Themen Verfassung, Energie und Klimaschutz auch ein offensives Eintreten für eine einheitlichere Außen- und Sicherheitspolitik, damit Europa seiner Verantwortung als zivile Friedensmacht gerecht werden kann, etwa durch die Wiederbelebung einer Friedensperspektive für den Nahen Osten. Nach innen muss die Europäisierung der Asyl- und Migrationspolitik endlich auf die Tagesordnung, denn nicht zuletzt die humanitäre Katastrophe an den südeuropäischen Grenzen zeigt die Dringlichkeit des Engagements der deutschen Präsidentschaft für ein gemeinsames europäisches Vorgehen.

Löhrmann: Wir in NRW sind näher dran an den Bürgerinnen und Bürgern als die Bundespolitik. Deshalb liegt unsere Aufgabe meiner Meinung nach vor allem in der Vermittlung der Bedeutung und der Chancen Europas für unsere Bevölkerung. Die europäische Idee braucht neue Leidenschaft, auch und gerade für junge Menschen. Mehr Engagement erhoffen wir uns für die Einrichtung einer Grundrechte-Agentur sowie für die Herstellung von mehr Öffentlichkeit im Rat und einen transparenteren Umgang mit den Finanzen der EU.

Löhrmann: NRW hätte als „die“ Energieregion in Europa jetzt die Chance, entscheidende Weichen richtig zu stellen. Doch die Realität sieht anders aus. Die Klimaschutzpolitik wurde beendet, die erneuerbaren Energien werden aus ideologischen Gründen bekämpft, und der Ministerpräsident verkündet, dass er an der marktbeherrschenden Stellung der Stromkonzerne nicht rütteln will. So wird NRW Bremsen statt Motor auf EU-Ebene sein. Stattdessen träumt die Landesregierung von einer Renaissance des Hochtemperaturreaktors, wo doch unsere Kinder für die Folgekosten früherer Atom-Abenteuer in NRW zahlen müssen.

Brockes: Es muss gelingen, die vor dem Hintergrund der politischen Herausforderungen an Deutschland gestellten hohen Erwartungen zu erfüllen. Diese herausragende Chance muss ehrgeizig und mit leidenschaftlichem Einsatz für Europa genutzt werden. Das Projekt EU-Verfassung muss mit neuem Schwung in Gang gesetzt, der Lissabon-Prozess stärker vorangetrieben und an der Vision eines bürgernahen und transparenten Europas mit Nachdruck gearbeitet werden. Daneben ist die Energie-debatte für NRW eine der zentralen Herausforderungen. Und transparente Information der Bürger setzt aus Sicht der FDP voraus, dass EU-Dokumente auch in deutscher Sprache verfügbar sind.

Brockes: NRW profitiert als Wirtschaftsstandort insbesondere durch die Gewinnung ausländischer Investoren, die Erschließung neuer Märkte und die Intensivierung des Wissens- und Kulturaustausches vom Erfolg des europäischen Integrationsprozesses. Meine Vision ist ein Europa der Bürger. Europäischer Geist lässt sich nicht von oben verordnen. Die Ratspräsidentschaft muss genutzt werden, Europa vor Ort für die Bürger erlebbar zu machen. Sie müssen nachvollziehen können, dass die europäische Integration ein politisches, soziales und wirtschaftliches Erfolgsmodell ist. Vielfältige Aktivitäten und Infoveranstaltungen der Landesregierung sowie eine Begleitung durch den Landtag sind geplant. Als Vertreter des Landtags werde ich mich im Ausschuss der Regionen der EU mit aller Kraft dafür einsetzen, die Interessen des Landes in den europäischen Einigungsprozess einzubringen.

Brockes: Wir erwarten von der EU-Kommission ein klares Votum für einen breiten Energiemix ohne Diskriminierung einzelner Energieträger. Nur so ist aus Sicht der FDP eine preisgünstige, versorgungssichere und umweltverträgliche Energieversorgung möglich. Die Kommission hat der Kernenergie erst kürzlich eine unverzichtbare Rolle zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele beigemessen. Die Bundesregierung sollte dieser Empfehlung folgen. Für alle Erzeugungstechnologien sollte gleichermaßen gelten, dass sie sich ohne Subventionen am Markt durchsetzen müssen. Deshalb muss aus unserer Sicht die Überförderung einzelner regenerativer Energien kritisch überprüft werden und der Ausstieg aus dem deutschen Subventionsbergbau erfolgen.



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Dietmar Brockes (FDP)

*Die Fragen stellten
Jürgen Knepper und
Axel Bäumer.*